

FÜNF MERKZETTEL

Rede Günter Grass

am 11. Januar 2008 – SPD-Bundestagsfraktionsklausur

Liebe in den Bundestag gewählte Sozialdemokraten!

Lange ist es her: im März 1971, also vor gut 36 Jahren, sprach ich zum ersten Mal auf Einladung von Herbert Wehner und im Namen der Sozialdemokratischen Wählerinitiative vor der SPD-Fraktion. In mir klingt dieser Auftritt nach, als sei er vorgestern erregend aktuell gewesen. Im Alter drängt sich fernentlegenes gern in den Vordergrund, zwingt Vergleiche auf, relativiert gegenwärtige Aufregungen und verführt den Redner, also mich, zum Selbstzitat. Damals, zur Zeit der mit bröckelnder Mehrheit regierenden sozial-liberalen Koalition und der landesweit immer noch tätigen Sozialdemokratischen Wählerinitiative, sagte ich zu den Genossinnen und Genossen: “Niemand von uns zweifelt an Ihrem Leistungswillen, an Ihrem Leistungsvermögen. Wir ahnen Ihren Fleiß. Wir wissen, dass Reformarbeit erschöpfend sein kann. Wir kennen Ihre Leistungen, obgleich sich die SPD bemüht, die Leistungen der Sozialdemokraten im Bundestag wie in der Regierung verschämt zu verbergen und lieber von dem zu sprechen, was sich heute noch nicht, aber vielleicht in zehn Jahren realisieren lässt. Diese zermürende Erfahrung hat mich zu folgender Erkenntnis gebracht: Ein Sozialdemokrat ist jemand, der nicht an seine Leistungen, sondern an seine weitergehenden Resolutionen glaubt.”

Damit bin ich bei meinem ersten Merktettel, dem permanenten Streit um die Gesamtschule als Ganztagschule. Ein pädagogisches Konzept, das mittlerweile in vielen europäischen Ländern erfolgreich in Praxis umgesetzt wird. Seit Mitte der sechziger Jahre wird die Gesamtschule von Sozialdemokraten gefordert. Und ich bin stolz darauf, schon zu so früher Zeit an der Seite des damaligen Westberliner Schulsenators Evers und gemeinsam mit hessischen Sozialdemokraten für die Gesamtschule argumentiert zu haben. Damals wie heute ging und geht es um Chancengleichheit, um einen

für alle Kinder offenen Bildungsweg. Die Widerstände der Christdemokraten haben dieses wegweisende Reformwerk jahrzehntelang behindert, blockiert, ideologisch bekämpft. Heute – angesichts sozial spaltender Auswirkungen der bundesweiten Schulmisere – schwindet jedoch der Widerstand, wächst bei Eltern und Kindern der Wunsch nach Gesamtschulen, sind plötzlich die Christdemokraten bemüht, auf den fahrenden Zug aufzuspringen, ja, tut die CDU so, als sei dieses Schulmodell ihre ureigenste Erfindung; und die Sozialdemokraten sehen dem mediengestützten Etikettenschwindel fassungslos zu. Wie aufs Maul geschlagen. Selbstvergessen. Kapitulierend vor so viel Anmaßung und Frechheit. Sogar im jüngst verabschiedeten Hamburger Grundsatzprogramm der SPD gibt man sich ganze sechs Zeilen lang allzu bescheiden: “Wir wollen die Ganztagschule ausbauen als Ort des Lernens und des sozialen Miteinanders...”

Nein! Das ist zu wenig, zu zahm, zu geschichtslos! Für die Gesamtschule ist seit Willy Brandts Zeiten gekämpft worden. Dieses Reformwerk zeugt von der bildungspolitischen Leistungskraft der Sozialdemokraten. Lasst Euch nicht stehlen, was auf Eurem Mistbeet gehegt, gepflegt, schließlich gewachsen ist, werdet vielmehr im Bundestag und in Euren Wahlkreisen laut und deutlich: Nur durch Gesamtschulen als Ganztagschulen wird den Kindern aus allen Gesellschaftsschichten Chancengleichheit geboten, kann der Hoffnungslosigkeit in den Hauptschulen ein Ende bereitet werden, wird es den Kindern eingebürgerter Ausländer gelingen, dem sozialen Abseits zu entkommen. Nicht die Zwangspädagogik von Erziehungscamps als Notnagel ist vonnöten, sondern vorbeugend ein sozial gerechtes Bildungssystem, das von den Kindertagesstätten zur Gesamtschule führt, damit Schüler kenntnisreich und der Toleranz verpflichtet lernen, gewaltfrei miteinander umzugehen und so als mündige Bürger gesellschaftsfähig zu werden.

Diese sozialdemokratische Antwort auf eine der dringlichsten Herausforderungen unserer Zeit setzt leidenschaftliche Anteilnahme voraus. Nun weiß ich, dass Leidenschaft nicht jedermanns Sache ist. Ein Herbert Wehner ist uns, soweit ich sehe und höre, nicht nachgewachsen. Doch von ihm zu lernen, Ross und Reiter beim

Namen zu nennen, ist immer noch möglich, zumal es an Demagogen, mögen sie Koch oder Lafontaine heißen, nicht mangelt. Der eine gibt vor, Stimme der "schweigenden Mehrheit" zu sein, der andere benutzt die Dreckschleuder BILD-Zeitung, um sich an der SPD zu rächen. Solch scheinheilige Allianz ist mir allzu bekannt. Zwischen diesen Positionen bin ich alt geworden und notwendigerweise streitbar geblieben.

Drei Jahre nach meiner ersten Rede vor der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, hatte ich im März 1974 abermals Gelegenheit, wie es zuvor Heinrich Böll und Thaddäus Troll getan hatten, aus Sicht des engagierten Bürgers Bilanz zu ziehen. Ein Jahr und vier Monate nach der denkwürdigen Bundestagswahl im November 1972 schien der Reformeifer der Sozialliberalen Koalition zu erlahmen. Wiederum wurden erbrachte Leistungen zerredet, gingen unter im Gezänk der Parteiflügel. Zwei kurze Sätze aus meiner Rede vor der SPD-Fraktion sollen deutlich machen, worum es, unter anderem, damals ging: Zitat: "Ich frage: Soll etwa nun auch das große und folgenreiche Reformvorhaben ‚die Mitbestimmung‘, das der Koalitionslage entsprechend nur ein Kompromiss sein kann, mit eitel sozialdemokratisch schlechtem Gewissen bis zur Glanzlosigkeit zerredet und halbherzig nicht als bahnbrechender Erfolg dargestellt, sondern beiseite gesprochen vernuschelt werden?" – Erklärend sei dazu gesagt, dass das Vorhaben Mitbestimmung dazumal nicht nur von der CDU/CSU und den Wirtschaftsverbänden, sondern auch jenseits der Mauer von der SED lautstark als Revisionismus bekämpft wurde. Dazu sagte ich vor der Fraktion: "Der demokratische Sozialismus darf nicht weiterhin aus der Klamottenkammer der Kommunisten und aus dem Fundus unserer Konservativen wechselseitig zum Schreckgespenst aufgeputzt werden; vielmehr sollte es Ihr offensives Bedürfnis sein, den demokratischen Sozialismus den Bürgern fasslich zu machen: als Alternative zu den zwei konservativen bis reaktionären Ordnungen, zum kommunistischen Staatskapitalismus – zum westlichen Kapitalismus der Kartelle."

Nun, mittlerweile existiert das leninistisch-stalinistische Zwangssystem nicht mehr, allenfalls als sich geläutert gebende

Nachlassverwaltung unter dem Namen PDS, die nunmehr als “Linke” firmiert und sich als Deckmäntelchen den Untertitel “Demokratischer Sozialismus” gestohlen hat. Frecher wurde noch nie Geschichtsklitterung betrieben. Und die Sozialdemokraten haben sich diesen Diebstahl auch noch lange genug gefallen lassen, bis endlich, jüngst, auf dem Hamburger Parteitag der eigenen Tradition Genüge getan wurde. Ich zitiere: “Der demokratische Sozialismus bleibt für uns die Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, deren Verwirklichung für uns eine dauernde Aufgabe ist. Das Prinzip unseres Handelns ist die soziale Demokratie.”

Ich will ergänzen: In einer Welt, in der als zuletzt verbliebene, als alleinherrschende, sich geradezu als unfehlbar feiernde Ideologie der Kapitalismus herrscht, indem er Marktwirtschaft vorgibt, doch Märkte vernichtet und Kapital verbrennt, in einer Welt also, in der durch ungehemmtes Profitstreben permanent Arbeitsplätze gestrichen, Mindestlöhne unterboten werden, und die Distanz zwischen Arm und Reich ins schier Unermessliche wächst, angesichts dieser Allmacht ist die Alternative zum absolut herrschenden Kapital nur noch im Demokratischen Sozialismus zu finden.

Als Erbschaft der europäischen Arbeiterbewegung hat er sich immer wieder erneuern müssen. Ihn prägt kein Dogma. Der Weg ist ihm Ziel. Ständig bedarf er der Revision. Jadoch: Demokratische Sozialisten sind gelernte Revisionisten. Weshalb die Agenda 2010 und in ihr Hartz IV, weil von Menschenhand geschaffen und deshalb fehlerhaft, auf Revision angewiesen sind. Nur dank dieser Fähigkeit konnte der Demokratische Sozialismus Verbot und Verfolgung, diese und jene Diktatur überleben. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei als der ältesten demokratischen Deutschlands, beweist diese Überlebenskraft. Grund genug besteht also, aus solch erfahrungsgesättigter Tradition Kraft zu schöpfen und den vielberufenen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts mit erneuerter Stärke zu begegnen.

Diese sind vielgestalt: Gegen Ende des letzten Jahrhunderts konnten die Teilung Deutschlands, die Spaltung Europas, zumindest, was den Wegfall der undurchlässigen Grenzen betraf, beendet werden; doch

der territorialen Einheit Deutschlands fehlt die soziale Einigung, mithin der auf wechselseitige Anerkennung beruhende gesellschaftliche Verbund; und das größer gewordene Europa darf nicht zur bloßen Markterweiterung verkommen, vielmehr ist ein Europa wünschenswert, das sich auf der Grundlage seiner wirtschaftlichen Stärke einer gemeinschaftlichen Sozialcharta verpflichtet, und das nach außen hin nicht zur Festung erstarrt.

Zu Beginn des neuen Jahrhunderts wurden aber auch globale Veränderungen unübersehbar, auf die schon seit langem warnend, beklagenswert vergeblich warnend, hingewiesen wurde: Zum einen auf die demoskopische Entwicklung mit gegensätzlichen Tendenzen: der einerseits bedrohlich wachsenden Weltbevölkerung und dem andererseits fehlenden Nachwuchs in den Industriestaaten Europas, besonders in Deutschland. Parallel dazu können selbst von chronischen Ignoranten die durch Schadstoffe bewirkte Klimaveränderung und deren globale Folgen nicht mehr geleugnet werden. Das Hamburger SPD-Programm stellt dazu fest: "Dieses Jahrhundert wird entweder ein Jahrhundert des sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Fortschritts, der allen Menschen mehr Wohlfahrt, Gerechtigkeit und Demokratie eröffnet. Oder es wird ein Jahrhundert erbitterter Verteilungskämpfe und entfesselter Gewalt."

Gegenwärtig sieht es so aus, als könnte die letzte Prognose zum Dauerzustand werden. Einer wachsenden Zahl von Krisen und Kriegsgebieten im Nahen Osten und Afrika entspricht das schwächliche Verhalten der westlichen Demokratien, die zwar die Bedrohung durch Terrorismus als äußeren Feind beschwören, doch den zunehmenden Verlust ihrer Glaubwürdigkeit eigenständigen, also hausgemachten Verfallserscheinungen verdanken.

Damit bin ich bei meinem zweiten Merktzettel und einem Thema, das besonders Ihnen, den frei gewählten Abgeordneten des Bundestages vertraut sein sollte. Ich spreche vom Einfluss der sogenannten Lobby auf die gesetzgebende Arbeit der Parlamente. Ob es die Pharma-Industrie, die Banken oder die Autoindustrie sind, ihre geballte Macht, die weder von der Verfassung noch vom Volk, dem eigentlichen Souverän, legitimiert ist, bestimmt mehr und mehr bis in die

Gesetzgebung hinein die Politik. Die Interessen der Lobbyisten schlugen durch, als es um die Gesundheitspolitik ging. Sie maßten sich das letzte, in der Regel verhindernde Wort an, als Schadstoffbegrenzungen gesetzlich festgelegt werden sollten. Sie und ihre Klientel in den Parlamenten blockierten den Versuch einer wirksamen Bankenaufsicht und Kartellkontrolle. Sie sind der Staat im Staate. Und was faul stinkt im Staate, sind sie. Sie, ungewählt, doch mit der Macht des Kapitals ausgestattet, verkörpern den ärgsten Feind der Demokratie. Ihr, der Lobby, ist keine Bannmeile gesetzt. Asoziale Managergehälter und allorts wuchernde Korruption sind die Begleiterscheinungen des Lobbyismus.

Wen wundert es angesichts dieser offenen, zudem von abhängigen Medien gestützten Missstände, wenn immer weniger Bürger bereit sind, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen, weil die immer häufiger beiseite gemurmelte Vermutung, "Was in der Politik läuft oder nicht läuft, wird sowieso nicht im Parlament, sondern in den Chefetagen bestimmt", tagtäglich Bestätigung findet? Ärger kann man einer Demokratie kaum schaden. Keine Rechts- oder Linksradiكالen hatten oder haben das Potential, sie derart zu schädigen. Doch unser Verfassungsschutz jagt lieber Phantomen hinterdrein und verlangt nach Gesetzen, die die Freiheit der Bürger immer mehr einengen, lässt aber die verfassungswidrige Beeinflussung der Parlamente unbeachtet. So wird Demokratie zur Farce. So offen bekundet der Staat seine Ohnmacht. So unbehindert vollzieht sich der Abbruch des demokratischen Gehäuses von innen.

Das alles, liebe Freunde, ist Ihnen wohlbekannt. Und doch wird der zunehmende Verlust von Glaubwürdigkeit der parlamentarischen Demokratie wie nicht abzuwendendes Schicksal hingenommen, und zwar von allen Fraktionen, auch von der sozialdemokratischen, der bewusst sein sollte, dass nur in einer verfassungstreuen Demokratie soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen ist.

Als Freigewählte vertrauten Ihnen die Bürger auf Zeit ein Mandat an. Machen Sie Gebrauch davon. Das Gebäude des Bundestages ist das Haus der Demokratie. Erteilen Sie der Lobby, jadoch, der Vielzahl wieselnder Lobbyisten, von morgen an Hausverbot. Greifen Sie

endlich zum Besen für den großen Kehraus. Denn nur so wird es möglich sein, vor den oft beschworenen, mittlerweile zu sonntäglichen Sprechblasen verkommenen “Herausforderungen des 21. Jahrhunderts” zu bestehen.

Die Angehörigen meiner Generation, die das Kriegsende als früh gealterte Kinder, ich als 17-Jähriger, erlebten, sind mit unserer Demokratie erwachsen geworden. Harte Lektionen wurden uns erteilt. Die uns von den Siegern verordnete Demokratie sollte Eigenleben gewinnen. Aus Trümmern, beladen mit Schuld und bleibender Schande gewiss, machten wir uns an die Arbeit. Etwas Neues sollte entstehen. Fortschritte, Stillstand, Rückfälle markierten einen langen Weg.

Meine, des Schriftstellers Hinwendung zur Politik bereitete sich während eines längeren Aufenthaltes in Frankreich während der zweiten Hälfte der 50er Jahre vor. Doch erst zu Beginn der 60er Jahre, zurück in Berlin, als die Mauer gebaut und der Regierende Bürgermeister Willy Brandt zum ersten Mal für das Amt des Bundeskanzlers kandidierte, ergriff ich Partei, verließ ich auf Zeit Stehpult und Manuskript und begriff sich der Schriftsteller zugleich als Bürger, der seine demokratischen Rechte als Pflichten wahrnehmen wollte. So kam es, dass ich ab Mitte der 60er Jahre bei vielen Wahlkämpfen, wenngleich nicht Mitglied der SPD, dennoch dabei war. Von Flensburg bis Passau unterwegs. Ein kritischer Sozialdemokrat, der mit Anderen Wählerinitiativen gründete und so behilflich wurde, als sich beim dritten Anlauf die Möglichkeit bot, einen demokratischen Regierungswechsel zu bewirken.

Viele Politiker jener Zeit sind mir unvergesslich geblieben: Fritz Erler, Adolf Arndt, Käte Strobel, Heinz Kühn, doch besonders viel verdanke ich Willy Brandt. Von ihm war zu lernen, dass sich pragmatisches, auf die Nöte der Gegenwart bezogenes Handeln und politischer Weitblick, das Erkennen zukünftiger Probleme, nicht ausschließen müssen. Seine Deutschlandpolitik der “kleinen Schritte” bewies sich in Teilerfolgen, indem sie die Grenze inmitten des geteilten Landes durchlässiger machte und so den Weg zu einer späteren deutschen Einheit ebnete. Er hat inmitten des Kalten Krieges, und trotz der Blockadehaltung seiner

politischen Gegner, für Entspannung gesorgt und damit Voraussetzungen für zukünftiges Geschehen bewirkt. Vor allen anderen, die sich um die deutsche Einheit als fortdauernde Aufgabe verdient gemacht haben, sollte zuallererst er genannt werden, der demokratische Sozialist Willy Brandt.

Als vor wenigen Wochen in Lübecks Königstraße ein geräumiges, nach ihm benanntes Haus eröffnet wurde, wies ich darauf hin, dass dieses Haus nicht ein Museum mehr sein dürfe, vielmehr der Ort sein solle, an dem Willy Brandts politischer Nachlass fortwirken könne. Wie kein anderer Politiker hat er nach seiner Amtszeit als Bundeskanzler zukunftsweisend eine global wirksame Politik gefordert. Ich spreche vom Nord-Süd-Bericht, den er Mitte der 70er Jahre im Auftrag der UNO verfasste. Damals hatte die Bestandsaufnahme wachsender Diskrepanz zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden nur höfliches Kopfnicken zur Folge. Man ging zur Tagesordnung über. Seine Forderung nach einer Weltinnenpolitik verhallte. Selbst seine Partei war nicht zu bewegen. Doch wer heute diesen Bericht aufschlägt, der erkennt, dass Willy Brandt schon frühzeitig die gegenwärtig durchschlagenden Folgen damaliger Versäumnisse beim Namen genannt hat. Seine Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung, die es den Staaten der sogenannten Dritten Welt erlaubt, gleichberechtigt mit den reichen Industriestaaten des Nordens Handel zu treiben, ist, wie das letzte Gipfeltreffen bewiesen hat, wiederum nicht aufgegriffen worden. Das Vertagen der Probleme beansprucht für sich mittlerweile Gewohnheitsrecht.

Damit bin ich bei meinem dritten Merktzettel: Aufgabe der deutschen Sozialdemokraten ist es, die von Willy Brandt eröffnete Perspektive als Richtlinie für ihr politisches Handeln zu erkennen und als Impuls zu nutzen und so seine Arbeit fortzusetzen. Das heißt: Wer den Terrorismus eindämmen, schließlich beenden will, der sollte den Nord-Süd-Bericht zur Hand nehmen und in zunehmender Armut, die in der Regel zur Verelendung führt, in Hungerstatistiken und in nachkolonialer Bevormundung und Demütigung die Ursachen für die heute virulente Gewalt und den allein durch militärische Gegengewalt nicht zu brechenden Terror erkennen.

Im Hamburger Programm der SPD finden sich einige Andeutungen in diese Richtung, doch kein Hinweis darauf, dass vor mehr als dreißig Jahren ein deutscher Sozialdemokrat die Ursachen für das gegenwärtige Desaster benannt und Wege aufgezeigt hat, die aus der Krise führen könnten, auf dass dem Elend der Nährboden für schließlich ausbrechende Gewalt ein Ende bereitet wird. Willy Brandts Rede, gehalten noch als Bundeskanzler vor den Vereinten Nationen, mündete in den Satz: “Auch Hunger ist Krieg!” – ich war dabei, als er vor der Vollversammlung in New York sprach. Sein Ausruf wurde vom Beifall erschlagen. Mehr geschah nicht.

Nun weiß ich, liebe Freunde, dass das überlieferte Bild des großen Vorsitzenden der deutschen Sozialdemokraten dem einen oder anderen, als Maßstab gesetzt, zu erdrückend erscheinen könnte; also wenden wir uns wieder den Niederungen der gegenwärtigen Schieflage zu.

Vor fünf Jahren veröffentlichten Daniela Dahn, Johano Strasser und ich ein dickleibiges Buch unter dem Titel “In einem reichen Land”. Mit einer Vielzahl von Beiträgen aus den Federn ost- und westdeutscher Autoren wurde von der zunehmenden sozialen Ausgrenzung sogenannter Randgruppen, vom Entstehen einer Klassengesellschaft berichtet, so auch von der damals schon erkennbaren Kinderarmut in einem reichen Land. Unser Buch wurde von den Medien und der Politik weitgehend ignoriert. Heute ist die Schande offenbar. Und wo sich ein Mikrofon anbietet, wird “vom Wohl des Kindes” gefaselt, wird “zum Hingucken” aufgefordert. Doch der Blick auf die uns alle beschämenden Zustände reicht nicht. Handeln ist gefordert und zwar zu allererst von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Von Anbeginn, zu Bebels Zeiten, als der 12-Stunden-Tag Regel war, hat die SPD gegen Kinderarbeit in Bergwerken und Fabriken gekämpft. Allein aus dieser Tradition leitet sich mein vierter Merktzettel ab: Bereitet der Not der Kinder in unserem so reichen und doch kinderarmen Land ein Ende. Nicht die wie blindlings geplante Erhöhung von finanziellen Zuwendungen wird ausreichend Abhilfe schaffen, wohl aber wäre die bundesweite, kostenlose und flexibel gestaltete Ganztagsbetreuung

noch nicht schulpflichtiger Kinder eine wirksame Entlastung besonders der Alleinerziehenden. Diese Fürsorge darf nicht nur den Kirchen und Wohlfahrtsverbänden, etwa der verdienstvollen Arbeiterwohlfahrt und dem Arbeitersamariterbund, aufgebürdet bleiben; vielmehr ist der Staat verpflichtet, mit Steuermitteln das Abdriften in eine Klassengesellschaft zu verhindern, und sei es, indem er durch eine besonders die irrational angereicherten Großvermögen mindernde Abgabe zum Wohl der Kinder, den Ausgleich der ohnehin schiefen Vermögensschichtung bewirkt und zugleich die Schande der Kinderarmut in Deutschland beendet.

Sehen Sie es mir bitte nach, wenn ich nun mit einem fünften Merkzettel für die Künstler aller kulturellen Sparten ein Wort einlege. Wir, die Maler, Bildhauer, Musiker, Schriftsteller und deren Übersetzer sind als Urheber eines gesetzlich erweiterten Schutzes bedürftig. Der Macht der Pressekonzerne, Computerriesen, der Rundfunk- und Fernsehanstalten, also all jener, die unsere primäre Leistung sekundär nutzen, stehen wir in zunehmendem Maße schutzlos gegenüber. Die Entwicklung der neuen Medien führt zum Missbrauch unserer Rechte. Was nach der Erfindung des Buchdrucks Raubdrucke zur Folge hatte, wiederholt sich heutzutage auf vielfältige Weise. Wir werden bestohlen. Kopierwut greift um sich. Ein Wust von Fachausdrücken im grässlichsten Neudeutsch belegt diese Raubpraxis. Ich will Sie nicht mit Details belästigen, doch wünschenswert und hilfreich wäre gewiss ein Kenntnis vermittelndes Gespräch zwischen Abgeordneten der Fraktion und der Verwertungsgesellschaft Wort, sowie der GEMA. Übrigens war ein ehemaliger SPD-Bundestagsabgeordneter, Georg Kahn-Ackermann, ab 1975 Ehrenpräsident der Verwertungsgesellschaft Wort. Ach, hätten wir doch unter Ihnen neuerdings einen Kahn-Ackermann!

Zum Schluss möchte ich Peter Struck danken für die Einladung und Möglichkeit, vor der SPD-Fraktion meine während Jahrzehnten gewachsenen politischen Erfahrungen und meine gegenwärtigen Besorgnisse anhand von fünf Merkzetteln als ungebrochen hoffnungsvolle Erwartungen auszubreiten.

Als Nachtrag drängt sich ein letzter Merkzettel auf:

Das noch junge Jahr 2008 wird uns Gelegenheit geben, den vierzig Jahre zurückliegenden Studentenprotest zu reflektieren. In etlichen Medien hat die Abrechnung mit den 68ern bereits begonnen. Einige, die sich vormals weit links wähnten, haben sich mittlerweile zum rechten Lautverstärker entwickelt. Allerorts, bis in die Spalten sich seriös gebender Tageszeitungen hinein, macht die BILD-Zeitung Schule. Nein, der Protest der Jugend in den Jahren 67 und 68 war überfällig, notwendig und hat die Bundesrepublik aus ihrer restaurativen Erstarrtheit befreit. Damals habe ich diesen Protest mit Sympathie, aber auch mit Kritik an der pseudorevolutionären Rhetorik einiger seiner Wortführer begleitet. Den bundesweiten Aufruhr, der sich am nahbei spürbaren Bildungsnotstand an Schulen und Universitäten und am fernen Vietnam-Krieg entzündet hatte, konnte keine polizeiliche Knüppelgewalt beschwichtigen. Als Herausforderung verlangte er nach politischen Antworten. Auch die SPD erlebte sich herausgefordert. Politiker wie Gustav Heinemann und Willy Brandt haben sich damals nicht vom gängigen Kampagne-Journalismus der Springer-Presse hinreißen lassen, vielmehr haben sie Antwort gegeben. Zum Wohle der Partei. Nicht wenige Schüler und Studenten beiderlei Geschlechts mauserten sich zu Sozialdemokraten. Die SPD erstarkte. Im folgenden Jahr konnte ihr Vorsitzender als Bundeskanzler die Richtlinien der Politik bestimmen. Angesichts der gegenwärtigen Situation und im Hinblick auf die krisengeschwängerte Zukunft ist abermals ein nicht niederzuknüppelnder Protest der Jugend wünschenswert, weil überfällig und notwendig. Auch der SPD könnte eine solche Herausforderung auf die Sprünge helfen.